

## HAMBURG UND DIE MITSCHULD DER ALTPARTEIEN AM CHAOS

In Hamburg durfte die ganze Welt erleben, welche Folgen es hat, wenn über Jahrzehnte hinweg die Entwicklung des Linksextremismus nicht nur verdrängt, sondern teilweise sogar gefördert wurde. Über 20.000 Polizisten mussten in einer einzigen Stadt für Sicherheit und Ordnung sorgen. Der linke Mob tobte auf den Straßen, verwüstete Geschäfte, zerstörte Fahrzeuge und sogar unbeteiligte Passanten wurden Opfer von Gewaltexzessen. Diese Ausschreitungen alleine sollen zur Verletzung von über 500 Polizisten geführt haben. Die Zahl unbeteiligter verletzter Passanten wurde nicht bekannt gegeben. Noch während der Pöbel auf den Straßen gewütet hatte und kaum zu bremsen war, fanden die ersten Vertreter der selbsternannten Volksparteien mit Forderungen ihren Weg zur Presse.

Das Fiasko in Hamburg war vorhersehbar und die ersten Vertreter der Altparteien fordern jetzt Konsequenzen. So wird über die Schließung von Linken Zentren gesprochen und bereits nach einigen Tagen folgte das Dementi. Aus unserer Sicht reicht die Schließung nicht aus, um ein neues Stadt-Inferno zu verhindern. Es sollte generell konsequenter gegen diese Personen vorgegangen werden, die ungehindert gegen unsere Heimat hetzen und Gewalttaten begehen. Es ist nicht nur der Hass auf unsere Heimat, der diese Extremisten antreibt, sondern auch das Wissen um Konsequenzen, die ihre Handlungen bestrafen.

Am Montag ist die politische, wie gesellschaftliche Debatte um das besetzte autonome Stadtteil-Zentrum dadurch tatsächlich wieder im Gespräch. Vor drei Jahren hat die Stadt die Rote Flora zurückgekauft. Die SPD-nahe Lawaetz-Stiftung übernahm die Immobilie in Treuhänderschaft für 820.000 € und fördert sie noch heute, das soll laut Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) allerdings nun wieder überdacht werden. Auf die Frage, ob die Stadt das linksautonome Zentrum im Schanzenviertel noch länger dulden könnte, nachdem es die zentrale Anlaufstelle für die G-20-Randalierer war, sagte er: „Das muss erst noch diskutiert werden. Wir werden genau sehen müssen, wer für was Verantwortung zu tragen hat.“ Auch die Anmelder und Vertreter der G-20 Gegendemo zeigten sich völlig unbelehrbar. So führte der Anwalt der Roten Flora aus, er habe „Sympathien für solche Aktionen, aber bitte doch nicht im eigenen Viertel, wo sie wohnen würden. Also warum nicht irgendwie in Pöseldorf oder Blankenese?“ Die Antwort kann uns nur der Anwalt, Andreas Beuth, geben

Genau dieser Art der „Förderung“ ist auch in andern Bundesgebieten kein Einzelfall, sondern in zahlreichen Bundesländern und Kommunen die Regel. Kritik ist unerwünscht und selbst bei belegbarem Vorhalt, dass mit Steuergeldern extremistische Organisationen unterstützt werden, ignorieren die Verantwortlichen diese Ausführungen. Aktuell fordert die Gewerkschaft der Polizei ein „Bündnis gegen Linksextremismus“. Es darf auf das Echo der Politik gespannt gewartet werden, wenn es um die Umsetzung dieser Forderung geht.

**Fakt ist:** In Hamburg wurden Leib und Leben der Polizisten und unbeteiligter Bürgerinnen und Bürger einer jahrelang verfehlten Toleranzpolitik geopfert, die sich einseitig auf die Bekämpfung von Rechtsextremismus beschränkt hat, während die Gefahren aus dem linksextremen Spektrum oft übersehen wurden. Während auf der einen Seite das Feindbild fest auf Rechts fixiert wurde und oftmals geeignetes Mittel zum Zweck war, unliebsame Gegner zu diskreditieren, wurde die linke Projekte und Organisationen mit allen erdenklichen Mitteln unterstützt. Deshalb haben wir Republikaner uns immer für eine generelle Bekämpfung des Extremismus ausgesprochen, unabhängig von der politischen oder religiösen Richtung.

## DIE EU UND UNSERE WASSERVERSORGUNG

Wieviel Wasser muss noch den Rhein runter laufen, bis dieses „Alles in einen EU-Topf werfen, einmal umrühren und alles ist passé.“, ein Ende hat? Krisenstaaten der EU, wie Portugal und Griechenland werden im Rahmen ihrer Staatsverschuldung von der IWF, EZB und der EU zum Verkauf der Wasserversorgung gezwungen. Geplant war die komplette Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung innerhalb der EU. Hätten Bürger nicht dagegen angeköpft, hätten wir in der gesamten EU dasselbe Problem. Es ist zweifelhaft, ob man das katastrophale Ausmaß dieser Privatisierungskatastrophe noch als schlichtes Problem bezeichnen kann, denn es wird als Lüge bezeichnet, dass die EU-Wasserversorgung langfristig gesichert scheint. Die EU würde da ganz miese Tricks bei der Wasserprivatisierung anwenden. Es soll zwar keine Zwangsprivatisierung gegeben haben, dafür wäre aber die Privatisierung klammheimlich durch die Hintertür hereingekommen, behauptet man. Es wäre ein Lobbistenkampf der Konzerne um „Gut Wasser“. Wenn ein EU-Binnenkommissar behaupten würde, es gäbe keine Wasserprivatisierung in der EU, wäre das schlicht weg erlogen.

Die „Wasserindustrie“ schmiere die EU-Kommission um ein Monopol anzustrengen, das die Wasserpreise beliebig ansetzen will, von 400%-Preissteigerung ist da die Rede. Es gäbe marode, veraltete Rohrleitungssysteme, *-man fragt sich ja doch schon, wo die die mindestens 3 mal 85 Milliarden Euro lassen-* die Wasser verlieren würden, das Krahnwasser käme schmutzig aus der Leitung, die „Wasserindustrie“ füge dem Chlor bei, aber repariert bzw. erneuert würde wegen der Staatsschulden nichts. *-Der erste Schritt einer möglichen Anspar-Tendenz zur Rücklagenbildung?-* In der Bundesrepublik Deutschland zählt Wasser noch zu den Grundbedürfnissen, die nie an letzter Stelle stehen sollten, dafür stehen auch wir Republikaner. Vor so einer Entwicklung kann man nur warnen. Da sei Gott vor. ...und die Republikaner.

# Deutschland REP-ORT

## KURZ UND BÜNDIG

### ARMUT TROTZ ARBEIT

Es ist nicht *nur* „das wachsende Problem“ der steigenden Armut von Geringverdienern, Alleinerziehenden oder älteren Menschen. Nein, fast jeder zweite Arbeitnehmer wird später von Altersarmut betroffen sein, behaupten veröffentlichte Prognosen und Experten, die sowas beurteilen können sollen. Es gibt aber noch eine wachsende Gruppe von Menschen, die häufig vergessen wird, jedoch das Problem bereits jetzt ertragen müssen. Viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Land gehen einer vollzeitigen Tätigkeit nach, können jedoch von dem Einkommen den Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten, geschweige denn Maßnahmen ergreifen, um für das Alter und andere Notlagen vorzusorgen. In der BRD hat sich die Zahl der Menschen, die trotz Arbeit als arm gelten, laut einer Studie seit 2004 verdoppelt. Schuld sei der ausgeübte Druck auf Erwerbslose. Fast 10 % der Berufstätigen in der BRD sind trotz regelmäßiger Arbeit arm. Das ist das Ergebnis einer Studie zur Armutsgefährdung von Erwerbstätigen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, das den Zusammenhang von Arbeitsmarktpolitik und Erwerbsarmut in 18 europäischen Ländern untersucht hat. Erwerbstätig ist, wer mehr als sechs Monate eines Jahres arbeitet. Als armutsgefährdet gilt, wem in einem Haushalt weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung steht. In Deutschland sind das weniger als 869 Euro pro Monat für Alleinstehende. 2004 waren der Studie zufolge in Deutschland knapp zwei Millionen Erwerbstätige zwischen 18 und 64 Jahren betroffen, ein Jahrzehnt später hat sich die Anzahl mehr als verdoppelt. Mit 9,6 % liegt die BRD im europäischen Vergleich genau im Durchschnitt. Aber in keinem anderen Land ist die Quote der armutsgefährdeten Berufstätigen so stark gestiegen – laut dem WSI bis 2014 um 100 %. Und das, obwohl der deutsche Arbeitsmarkt prosperiert und die Beschäftigung gestiegen ist. Summiert man diese Personengruppen, dann zeichnet sich für unser Land ein noch schlechteres Bild ab, als es bereits jetzt von vielen wahrgenommen wird. Für uns Republikaner ist es aber ein deutliches Zeichen, dass die Probleme der Menschen in unserer Heimat vorrangig behandelt werden müssen. Der Eid unserer Abgeordneten lautet nicht ohne Grund: „Zum Wohl des deutschen Volks.....“. Genau daran sollten sich die Vertreter wieder orientieren oder den Platz für Sozialpatrioten freimachen.

### REP WACHSEN IN MITTELDEUTSCHLAND

Schrittweise stärken wir die Bemühungen in den mitteldeutschen Bundesländern die Verbände weiter auszubauen. Wie sinnvoll und notwendig das ist, zeigte sich bereits in den vergangenen Jahren. Die Bereitschaft in diesen Bundesländern sich gegen das Meinungsdictat der Altparteien zu wenden, ist deutlich größer als im Westen. Deshalb ist es wichtig, dass wir Republikaner den Bürgerinnen und Bürgern auch dort eine wählbare echte Alternative bieten. In Sachsen haben wir den Anfang gemacht und die Entwicklung zeigt deutlich, welches Potential in diesen Bundesländern liegt. Deshalb appellieren wir an alle freiheitlichen und konservativen Menschen, sich unserer Partei anzuschließen. Sorgen Sie mit uns für eine heimatverbundene starke Opposition und schließen Sie sich den Republikanern an. Der sprunghafte Anstieg von Informationsanfragen ist ein deutliches Zeichen dafür, dass das Interesse an uns Republikaner heute größer ist denn je. Warum sich in neue zerstrittene Projekte einbringen, wenn bereits eine bewährte politische Kraft zur Verfügung steht.

### WERDEN SIE JETZT REPUBLIKANER!

Werden Sie Mitglied und Unterstützer unserer Partei. Unser Land hat viele Zuschauer, aber besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zu zwingend notwendigen Veränderungen leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Werden Sie Republikaner und Teil einer Oppositionskraft, die sich primär für die Interessen unserer Bevölkerung und für den Erhalt unserer Identität und Kultur einsetzt. Wir stehen fest auf dem Boden der Verfassung, lassen uns aber von denen, die uns in Grund und Boden regieren keinen Maulkorb verpassen. Jetzt ist Ihre Chance sich zu beteiligen. Nutzen Sie diese, bevor unsere Heimat noch mehr Schaden nimmt.



Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf Seite 4 oder <http://www.rep.de/mitglied-werden>

Spenden für  
Deutschland >



[Unterstützen Sie uns mit einer Spende?](#)

Spendenkonto: DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,  
IBAN:DE60440100460387450460 BIC: PBNKDEFFXXX

**Sie haben Fragen? [bund@rep.de](mailto:bund@rep.de)**

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

## VERANSTALTUNGEN

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige politischer Stammtische, z.B. am 30.07, 10.00 Uhr, in Wiesental. Am 19.07, 18.00 Uhr, in Bruchsal, sowie ein **Sommerfest am 26.08.17**, 16.00 Uhr, in Oberhausen-Rheinhausen ( Karlsruhe Land). Weitere Informationen unter 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Regelmäßige Infostände in Erding, Dorfen und Taufkirchen; Info unter Tel. 08083/8717.
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Info unter 01522-2624313.
- **Kissing:** Jeden ersten Montag im Monat (außer August) findet ein politischer Stammtisch statt. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten mögen sich bitte bei dem Bezirksvorsitzenden und REP-Kreisrat Herrn Noffke melden: 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Info: 069/522500.
- **Kassel:** Tel. 0661/603746, vierwöchentliches Informationstreffen.
- **Düsseldorf:** Monatlicher Informationsabend des REP-Kreisverbandes: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Köln:** Monatliche Informationsveranstaltungen; Einladung schriftlich über den Kreisverband: koeln@rep.de.
- **Aachen:** Politischer Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Näheres unter nrw@rep.de.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: wuppertal@rep.de.
- **Bochum:** Monatlicher Informationsabend / Ruhrstammtisch. Kontakt unter: bochum@rep.de.
- **Essen:** Monatlicher Informationsabend der Republikaner in Essen. Kontakt über: nrw@rep.de
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter dortmund@rep.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, um 20.00 Uhr, in Herford. Informationen unter nrw@rep.de.
- **Mettmann:** Am 21. Juni 2017 führen die Republikaner eine Informationsveranstaltung durch. Beginn: 19.00 Uhr. Interessenten können Sie über Email bei uns melden: nrw@rep.de
- **Kreis Kleve:** Ab Juli finden monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Kleve statt. Interessierte Bürger können sich per E-Mail eine Einladung über den Landesverband senden lassen: kontakt@rep-nrw.de
- **Vogtland:** Ab Juni führen die Republikaner im Vogtland monatliche Informationsveranstaltungen durch. Einladungen erfolgen schriftlich und können bis zur Fertigstellung einer eigenen Internetseite über den Bund erfragt werden.

BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN

# Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

**DIE REPUBLIKANER (REP)**  
**Bundesverband**  
**Postfach 870210**  
**13162 Berlin**



## Ich bin *dabei!*

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

E-Mail: [bund@rep.de](mailto:bund@rep.de)

Titel, Vorname, Nachname \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

Postleitzahl \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ Telefax \_\_\_\_\_

E-Post \_\_\_\_\_

Konfession / Beruf / Tätigkeit \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post  
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) \_\_\_\_\_ Zahlungsart  Überweisung  Lastschrift Zahlungsrhythmus  jährlich  halbjährlich

**Beitrag mind. 10,00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Arbeitslose, Studenten, Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.**

### Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut \_\_\_\_\_ BIC/Swift-Code \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
<b>Kreisverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	<b>Bezirksverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	<b>Landesverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	<b>Bundesverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG  EDV  Ausw.  Mitgl.nr.